

Papenteicher Gestaltungsgemeinschaft lässt Dampf ab

Neuer Wirbel um die Schulturnhalle in Groß Schwülper. Am Freitag stand das Material zum Umbau in eine Flüchtlingsunterkunft schon vor der Tür

Daniela Burucker

Groß Schwülper. Es gibt erneuten Wirbel um die mögliche Nutzung der Grundschul-Sporthalle als Sammelunterkunft für ukrainische Flüchtlinge: Auch wenn die Hallensperrung für den Schulsport abgewendet scheint, knirscht es in den Abläufen – wie gehabt zwischen Verwaltung und Politik. Die Gestaltungsgemeinschaft von SPD, CDU und Grünen nimmt die wohl durch sie verhinderte Anlieferung von Materialien für die Umrüstung der Halle zum Anlass, ihre Sicht der Dinge darzustellen.

Trotz Aufschubs und Streckung bei der Zuweisung von Flüchtlingen

durch den Landkreis und trotz eines kurzfristig von Politik und Verwaltung erarbeiteten Konzepts, das die Nutzung der Sporthalle überflüssig machen sollte, war am Freitagmorgen ein Transporter mit Fußboden für die Einrichtung einer

Sammelunterkunft vorgefahren. Die Ereignisse drohten sich zu überschlagen. Zumal die Eltern von Schulleiter Peter Vogt bereits informiert wurden, dass die Halle nach den Herbstferien nur noch zur Hälfte zur Verfügung stehe. Bürgermeis-

terin Brigitte Brinkmann berichtete von Unruhe und Verunsicherung unter den Eltern. „Die Gemeinde wurde nicht informiert.“

Das Eingreifen der Politiker, die vor Ort waren, um über die weitere Vorgehensweise zu beraten, hat wohl verhindert, dass das Material abgeladen wurde. Das Quartett um CDU-Fraktionsvorsitzende Telse Dirksmeyer-Vielhauer: „Als wir gelesen haben, was zuletzt zu diesem Thema geschrieben wurde, sind uns die Augen aus dem Kopf gefallen, weil vieles inhaltlich nicht richtig ist.“ So sei es die Politik gewesen, die den Aufschub beim Landkreis erwirkt habe und die maßgeblich an dem Konzept mitgewirkt habe, das

belegt, wie man bis zum Jahresende 205 Flüchtlinge in Wohnungen und Wohncontainern unterbringen will.

Die Sporthalle ist aus ihrer Sicht vom Tisch. Allein schon deshalb, weil sie nicht die Voraussetzungen für die erforderliche Umwidmung von einer Sportstätte in eine Sammelunterkunft erfüllt. Auch Randolph Moos (SPD) und Wolfgang Stindl (Grüne) kritisieren die Herangehensweise und das Tempo der Verwaltung. Etwa bei der Anmietung von Wohnungen. „Wir haben etwa 30 Wohnungen aufgetan, aber für die Anmietung ist die Verwaltung zuständig“, berichtete Stindl. Zudem haben die Gemeinden Grundstücke für Wohncontai-

ner aufgetan oder bereitgestellt. Statt einer größeren Fläche für ein Containerdorf setzt die Politik auf eine gestreute Ansiedlung und fordert die Verwaltung zum schnellen Handeln auf.

Die Zeit drängt. Bereits in der ersten Novemberwoche werden 30 weitere Flüchtlinge erwartet. Bisher wurden 40 Personen in Meine und Schwülper untergebracht. Das Thema Flüchtlingsunterbringung ist alleiniger Tagesordnungspunkt bei der Sondersitzung des Samtgemeindeausschusses am Montag. Dazu hat die Politik einen Fragenkatalog eingereicht. „Wir sind sehr gespannt auf die Antworten der Verwaltung“, so Dirksmeyer-Vielhauer.



Randolf Moos (links), Telse Dirksmeyer-Vielhauer, Brigitte Brinkmann und Wolfgang Stindl vor der Sporthalle.

DANIELA BURUCKER